

Koalitionsvertrag „zu unverbindlich“

Trassengeegner gehen für dezentrale Energiewende auf die Straße und erinnern Aiwanger an seine Wahlversprechen

ALTDORF – Zahlreiche Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen aus dem Nürnberger Land sind am Freitagabend auf dem Altdorfer Marktplatz zusammengekommen, um ein Zeichen gegen überdimensionierten Netzausbau zu setzen. Unter anderem forderten die BI-Sprecher bei einer Schalte im Bayerischen Fernsehen die Freien Wähler auf, ihr Wahlversprechen zu halten. Die Freien Wähler hatten sich im Wahlkampf „für eine Energiewende ohne Trassenwahn“ ausgesprochen.

Die Sprecherin der Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis, Dörte Hamann, stellte klar: „Mindestens gleichermaßen steht die CSU in der Pflicht, nicht länger die regionale Wertschöpfung und Förderung der Erneuerbaren Energien in Bayern zu blockieren. Das letzte Wort zu den Trassen ist noch nicht gesprochen, wir brauchen eine neue Diskussionskultur für dieses Thema.“

Die Ergebnisse des Koalitionsvertrages lassen laut Aktionsbündnis jedoch bislang nicht erkennen, dass den Freien Wählern beim Thema Energiepolitik der große Wurf gelungen sei. „Die Besetzung des Energie- und Wirtschaftsministeriums mit Hubert Aiwanger ist eine bemerkenswerte Veränderung. Mit Franz Josef Pschierer als Staatssekretär

und später als Wirtschaftsminister war eine Eiszeit in der Diskussion um das Thema Stromtrassen eingeläutet worden, die jetzt beendet werden muss.“ Pschierer habe versucht, jede Diskussion um die Notwendigkeit großer Pilotprojekte wie den Südostlink zu ersticken, mit dem Denkgebot: „Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie.“

Zeit für zeitgemäße Energiepolitik

Der jetzige Koalitionsvertrag bleibt nach Ansicht der Bürgerinitiativen „zu zurückhaltend und unverbindlich“, um für die brachliegende Energiewende in Bayern ein Zeichen zu setzen. So behindere die 10H-Abstandsregelung die dezentrale Energiewende mit einer Wertschöpfung vor Ort.

Ein Ende dieser Regelung wäre eines der notwendigen Zeichen für einen Aufbruch hin zu einer zeitgemäßen Energiepolitik.

Von Landrat Armin Kroder erhoffen sich die Trassengeegner nun weiterhin ein offenes Ohr für die Anliegen der betroffenen Bürger im Nürnberger Land. In einer Resolution gegen die P44mod hatte Kroder am Jahresanfang mit anderen Landkreisen und Gemeinden die massive Aufrüstung in Frage gestellt und die Stromtrassen-Kritiker in ihrem Anliegen unterstützt.

Durch die Entscheidungen des Bundeswirtschaftsministeriums in Berlin besteht laut den Netzausbaukritikern die wachsende Gefahr, dass viele Wechselstromtrassen aufgerüstet werden. Da es in Bayern keine ausreichenden und verbindlichen Abstandsregelungen gibt, sei zu befürchten, dass die Gesundheitsgefahren für die an Leitungen wohnende Bevölkerung steigen. Das Bundesamt

für Strahlenschutz sieht Forschungsbedarf, hat aber erst kürzlich mit Untersuchungen zum Thema Gesundheitsschutz beim Stromnetzausbau begonnen und kann bislang noch keine Ergebnisse vorweisen. Damit wird frühestens in einigen Jahren gerechnet. Trotzdem soll der Netzausbau massiv beschleunigt werden, so die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Altmaier.

DB



Vor dem Altdorfer Kulturrathaus haben mehrere Bürgerinitiativen demonstriert: gegen die bayerische 10H-Regelung und gegen überdimensionierte Stromtrassen.